

Stand: 09.02.2026 22:22:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/354

"Alternativstandorte für die Erstaufnahme von Geflüchteten in Oberfranken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/354 vom 31.01.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/1516 des VF vom 29.02.2024
3. Beschluss des Plenums 19/1829 vom 17.04.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 17.04.2024



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa, Gülsen Demirel, Tim Pargent, Toni Schuberl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Martin Stümpfig, Laura Weber und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Alternativstandorte für die Erstaufnahme von Geflüchteten in Oberfranken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) zu beauftragen, aktiv und unverzüglich in enger Kooperation mit den Kommunen nach Alternativ- bzw. Ergänzungsstandorten für die Erstaufnahme von Geflüchteten in Oberfranken zu suchen, sodass die ANKER-Einrichtung Oberfranken (AEO) in Bamberg als derzeit einzige Erstaufnahmeeinrichtung wie vereinbart im Jahr 2025 geschlossen werden kann. Über die Ergebnisse ist dem Landtag zu berichten.

Begründung:

In einer Situation im Jahr 2015, als dringend Möglichkeiten für die Unterbringung von Geflüchteten gebraucht wurden, konnte der Freistaat auf das Konversionsgelände „flynn housing area“ in Bamberg zurückgreifen, das ihm zu diesem Zweck mietfrei vom Bund überlassen wurde. Dem stimmte auch die Stadt Bamberg zu und unterstützte so den Freistaat großmütig in einer misslichen Lage. Dort befindet sich seither das ANKER-Zentrum (ehemals ARE, auch AEO), wo zentral die Erstaufnahme aller in Oberfranken ankommenden Geflüchteten organisiert wird. Es gibt keine Zweigniederlassung dieses ANKER-Zentrums, wie es etwa in fast allen anderen bayerischen Regierungsbezirken der Fall ist. Ende des Jahres 2023 befanden sich 2 500 Personen im ANKER-Zentrum Bamberg, was sowohl die Einrichtung selbst als auch die Stadt an die Belastungsgrenze brachte.

Die Stadt Bamberg war und ist als Schwarmstadt auf neuen Wohnraum angewiesen und braucht dringend auch die „flynn housing area“ als Entwicklungsfläche. Ein Ankauf des Geländes von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) als jetzige Eigentümerin ist fest vorgesehen. Bereits in den Jahren vor 2015 wurden in aufwändigen Planungs- und Bürgerbeteiligungsverfahren und mit städtebaulichem Wettbewerb für das Bamberger Konversionsgelände ganzheitliche Pläne zur Stadtentwicklung erarbeitet und beschlossen. Diese liegen seither auf Eis.

Im Jahr 2015 gab es deshalb eine gemeinsame Erklärung von der Stadt Bamberg und dem Freistaat Bayern vom 14.08.2015, ergänzt um einen Nachtrag vom 17.11.2015, die beide von Kabinettsmitgliedern sowie dem Bamberger Oberbürgermeister unterzeichnet wurden. Darin wird der Stadt Bamberg u. a. zugesichert (Punkt 2): „Diese Aufnahmeeinrichtung wird befristet auf maximal 10 Jahre (unwiderrufliches Ende mit Ablauf des Jahres 2025).“

Diese Zusicherung wurde seither mehrfach vonseiten des Freistaates bestätigt:

„Die Vereinbarung von 2015 gilt.“ (Zitat aus Schreiben der Regierung Oberfranken an Oberbürgermeister Starke vom 11.12.2023.)

Ministerpräsident Dr. Markus Söder bekräftigte gegenüber der hiesigen Presse am 08.09.2023: „Wir haben den Plan, das ANKER-Zentrum über 2025 nicht zu verlängern.“

In einem Schreiben vom 04.03.2021 an die Bamberger Landtagsabgeordnete Ursula Sowa weist Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann darauf hin: „Niemand kann eine seriöse Aussage darüber treffen, in welchem Umfang in vier Jahren Kapazitäten benötigt werden. Wegfallende ANKER-Kapazitäten müssten an anderen Standortkommunen dann kompensiert werden.“

All dies führt zu dem unweigerlichen Schluss, dass das Ende der zentralen Erstaufnahme für ganz Oberfranken in Bamberg nur dann einzuhalten ist, wenn rechtzeitig in anderen oberfränkischen Städten Einrichtungen geschaffen werden, sodass sich die Erstaufnahme künftig auf mehrere Schultern verteilt. Dies muss jetzt proaktiv angegangen werden, um den Zeitplan bis zum Ende des Jahres 2025 einhalten zu können.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/354

Alternativstandorte für die Erstaufnahme von Geflüchteten in Oberfranken

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Gülseren Demirel**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 29. Februar 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa, Gülseren Demirel, Tim Pargent, Toni Schuberl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblauch, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/354, 19/1516

Alternativstandorte für die Erstaufnahme von Geflüchteten in Oberfranken

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Tobias Reiß
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über die Listennummer 5 der Anlage zur Tagesordnung, den Antrag von Abgeordneten der SPD betreffend "Kostenloses Mittagessen: Von bayerischen Landwirten für bayerische Kita- und Schulkinder", Drucksache 19/392, gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass im Satz 1 die Wörter "zu prüfen" durch die Wörter "dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus zu berichten" ersetzt werden.

Wer dem Antrag auf Drucksache 19/392 mit der empfohlenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist dem Antrag in der geänderten Fassung zugestimmt worden.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Queerfeindliche Sexaulklärung an bayerischen Schulen beenden!
Drs. 19/353, 19/1515 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Alternativstandorte für die Erstaufnahme von Geflüchteten
in Oberfranken
Drs. 19/354, 19/1516 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

3. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Florian von Brunn,
Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Statt unausgegorener Ankündigungen –
Angebot des Vorkurses „Deutsch 240“ sichern
Drs. 19/374, 19/1524 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner,
Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Bürgerwillen respektieren: Nein zum Windpark in Altötting, stattdessen
Entlastung und günstige Energie für das bayerische Chemiedreieck!
Drs. 19/388, 19/1519 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn,
Holger Grießhammer u.a. SPD
Kostenloses Mittagessen: Von bayerischen Landwirten
für bayerische Kita- und Schulkinder
Drs. 19/392, 19/1527 (ENTH)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden jetzt! –
Staatsregierung muss sofort handeln
Drs. 19/416, 19/1517 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag des Abgeordneten Bernhard Seidenath CSU
Rasenschnitt künftig in NaWaRo-Biogasanlagen verwerten
Drs. 19/470, 19/1520 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Reale Welt erleben statt digitale Isolation –
Mediennutzung in Kindertagesstätten reduzieren
Drs. 19/483, 19/1525 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Oskar Lipp,
Ralf Stadler und Fraktion (AfD)
Kosten für Tierwohl gerecht verteilen
Drs. 19/485, 19/1528 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,
Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für eine flächendeckende und zuverlässige Versorgung
mit Telefon und schnellem Internet!
Drs. 19/493, 19/1521 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Johannes Meier, Florian Köhler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)
Leistung muss sich wieder lohnen: Überstunden von der Einkommensteuer befreien und „kalte Progression“ abschaffen!
Drs. 19/494, 19/1514 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen – Maßnahmen zum Schutz von Frauen unverzüglich umsetzen
Drs. 19/496, 19/1526 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

13. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Handwerk stärken – Mittelstand fördern:
Fördermaßnahmen in Umbruchzeiten
Drs. 19/498, 19/1522 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Antrag auf Anhörung zur Beschleunigung der Energiewende im Strombereich
Drs. 19/499, 19/1523 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
Drs. 19/725, 19/1518 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------